

Deutscher Bundestag

Stenografischer Bericht

107. Sitzung

Berlin, Mittwoch, den 5. Mai 2004

Tagesordnungspunkt 2:

Fragestunde

(Drucksachen 15/3021, 15/3037)

9677 C

Mündliche Frage 2

Petra Pau (fraktionslos)

Ausbildungsplatzsituation in den neuen Bundesländern und Berlin im Vergleich zu 2003

Antwort

Wolf-Michael Catenhusen, Staatssekretär BMBF

9682 C

Zusatzfragen

Petra Pau (fraktionslos)

Dr. Gesine Löttsch (fraktionslos)

Dr. Christoph Bergner (CDU/CSU)

9682 D

9683 C

9684 A

Vizepräsidentin Dr. h. c. Susanne Kastner: (...)

Ich rufe die Frage 2 der Kollegin Petra Pau auf:

Wie beurteilt die Bundesregierung die gegenwärtige Ausbildungsplatzsituation in den neuen Ländern und Berlin im Vergleich zum Vorjahr und beabsichtigt die Bundesregierung im Rahmen der Ausbildungsinitiative 2004 – wie bereits im Rahmen der Ausbildungsplatzoffensive 2003 –, eine hälftige Mitfinanzierung von insgesamt 14 000 Ausbildungsplätzen mit den neuen Ländern und Berlin zu vereinbaren?

Wolf-Michael Catenhusen, Staatssekretär im Bundesministerium für Bildung und Forschung:

Auf Ihre Frage möchte ich Folgendes antworten: Angesichts der schwierigen Situation des Ausbildungsjahres 2003 hatte das Bundesministerium für Bildung und Forschung einer Aussetzung der zwischen dem Bund und den neuen Ländern einvernehmlich vereinbarten Degression bei den Platzzahlen des Ausbildungsplatzprogramms Ost zugestimmt. Für diese Degression war seinerzeit ausschlaggebend, dass sich die Zahl der Ausbildungsplatzbewerber in den neuen Ländern aufgrund der demographischen Entwicklung ab 2005 nachhaltig reduzieren wird.

Dass die Experten von Bund und neuen Ländern damals in dieser gemeinsamen Einschätzung nicht falsch lagen, verdeutlicht die Zahl der im Osten Deutschlands jeweils Ende März bei der Bundesagentur für Arbeit gemeldeten unvermittelten Ausbildungsplatzbewerber, die von 120 260 Ende März 2002 auf nunmehr 110 950 im Februar 2004 gesunken ist.

Für die weiteren Planungen ist aber auch die Initiative der Koalitionsfraktionen im Deutschen Bundestag zu berücksichtigen, im Rahmen des Berufsausbildungssicherungsgesetzes die finanzielle Verantwortung für die Berufsausbildung im dualen System wieder in die Wirtschaft zurückzuverlagern. Auch der von der Wirtschaft vorgeschlagene Pakt für Ausbildung zielt in die gleiche Richtung. Ein am tatsächlichen Bedarf des Jahres 2004 orientiertes Ausbildungsplatzprogramm, das wie üblich vom Bund sowie den neuen Ländern und Berlin jeweils zu 50 Prozent finanziert wird, könnte auch ein Element eines solchen Paktes für Ausbildung sein.

Wir werden also erst dann, wenn das Gesetz verabschiedet ist und wenn die Bemühungen um einen Pakt für Ausbildung zu einem wie auch immer gearteten Ergebnis geführt haben, die Frage beantworten können, in welcher Weise und in welchem Umfang auch im Rahmen der Ausbildungs Offensive 2004 die hälftige Mitfinanzierung von Ausbildungsplätzen in den neuen Ländern und Berlin vereinbart wird.

Vizepräsidentin Dr. h. c. Susanne Kastner:

Ihre Zusatzfrage, bitte.

Petra Pau (fraktionslos):

Herr Staatssekretär, trifft es – mit Hinweis auf die von Ihnen eben gegebene Antwort – zu, dass man die Folgen der Ausbildungsplatzumlage und möglicher Ausbildungspakte abwarten will und daher noch nicht einmal zur Erörterung auf Fachebene eingeladen wurde?

Wolf-Michael Catenhusen, Staatssekretär im Bundesministerium für Bildung und Forschung:

Wir halten diese Erörterung erst dann für sinnvoll, wenn wir die Koordinaten, die Rahmenbedingungen für die Fortführung des Instrumentes genau kennen. Es kam der Vorschlag aus den neuen Bundesländern, ein Gespräch auf Staatssekretärebene zu führen. Dazu sage ich Ihnen ganz offen: Wir haben jetzt Anfang Mai. Ich gehe davon aus, dass die Bemühungen um einen Ausbildungspakt so oder so noch vor der Sommerpause zu einem Ergebnis führen müssen, denn die kritische Phase für das nächste Ausbildungsjahr wird am 30. September erreicht werden. Ich gehe insofern davon aus, dass diese Gespräche noch vor der Sommerpause geführt werden. Es macht aber wenig Sinn – hier bitte ich um Verständnis –, das, was ich Ihnen hier gesagt habe, noch einmal auf der Arbeitsebene in den Ministerien zu erklären, denn diese sind über die Situation eigentlich informiert.

Vizepräsidentin Dr. h. c. Susanne Kastner:

Sie haben noch eine weitere Zusatzfrage.

Petra Pau (fraktionslos):

Vor diesem Hintergrund möchte ich eine weitere Zusatzfrage stellen: Trifft es nach Ihrer Kenntnis zu, dass die Daten der Agenturen für Arbeit ein gegenüber dem Vorjahr eher weiter zurückgehendes betriebliches Ausbildungsplatzangebot signalisieren und damit schon völlig klar ist – ohne dass wir die neuen gesetzlichen Regelungen und ihre Wirkungen abwarten müssen –, dass viele von denen, die sich derzeit in so genannten Warteschleifen oder Vorbereitungsmaßnahmen befinden, auch von dieser Initiative der Bundesregierung nicht betroffen sein werden, also ein anderes Angebot brauchen?

Wolf-Michael Catenhusen, Staatssekretär im Bundesministerium für Bildung und Forschung:

Sie haben die Entwicklung der betrieblichen Ausbildungsplätze angesprochen. Die Tendenz, die Sie für diesen Bereich genannt haben, stimmt. Aber wir befinden uns in der bizarren Situation eines „Wettlaufs“ zwischen einem Rückgang betrieblicher Ausbildungsplätze auf der einen Seite und einem Rückgang der Nachfrage nach Ausbildungsplätzen auf der anderen Seite.

Lassen Sie mich das anhand eines Beispiels sagen: 2005 wird die Zahl des infrage stehenden Altersjahrgangs nur noch 224 800 betragen, im Vergleich zu 229 500 im Jahre 2004. Auch die Nachfrage auf dem Ausbildungsmarkt wird sich nach unten entwickeln, von 159 500 im Jahre 2004 auf 156 300. Ihre Frage nach der Bilanz – ob sich dieses Problem also, wenn man den Rückgang der

angebotenen und der nachgefragten betrieblichen Ausbildungsplätze gegenrechnet, insgesamt ausweitet oder nicht – kann ich heute noch nicht beantworten.

Frau Pau, unabhängig davon stellt sich hier die Frage, welchen Stellenwert das ausschließlich staatsfinanzierte Ausbildungsprogramm Ost im Rahmen einer Ausbildungsplatzoffensive hat, durch die man die Verantwortung für die Finanzierung beruflicher Ausbildung stärker auf die Wirtschaft verlagern will. Ich verstehe, dass man auch den Staat in die Pflicht nehmen will. Aber ich muss Ihnen sagen: Wenn wir diese Gespräche führen, wird es auch um einen anderen Aspekt gehen. Denn in den letzten Jahren wurden, mit Ausnahme dieses Jahres, die Mittel für die primär länderfinanzierten Programme in einer Reihe von Bundesländern zurückgefahren. Dieses Spiel kann nicht so laufen, dass wir die Anzahl der von uns garantierten Ausbildungsplätze um 14 000 erhöhen, ohne dass die Länder in ihren Ausbildungsplatzprogrammen in gleicher Weise entsprechende Zielmarken in die Verhandlungen einbringen.

Ich sage noch einmal: Vor der Sommerpause müssen wir mit diesen Gesprächen beginnen. Angesichts der allgemeinen Unsicherheit darüber, ob wir diesem Ziel auf anderem Wege und mithilfe neuer Instrumente näher kommen, bitte ich um Verständnis, dass ich zum heutigen Zeitpunkt nicht mehr sagen kann.

Vizepräsidentin Dr. h. c. Susanne Kastner:

Eine weitere Zusatzfrage hat die Kollegin Löttsch. – Bitte.

Dr. Gesine Löttsch (fraktionslos):

Vielen Dank, Frau Präsidentin. – Herr Staatssekretär, Sie haben in Ihrer Antwort darauf Bezug genommen, dass die Nachfrage nach Ausbildungsplätzen sinken werde, weil die entsprechenden Geburtenjahrgänge schwächer sind. Zu den Zahlen, die Sie dargestellt haben, frage ich Sie: Haben Sie in die Zahlen, nach denen Sie die Nachfrage bemessen, auch diejenigen einbezogen, die zwar schon älter sind, aber dennoch keine Ausbildung haben, zum Beispiel weil sie, wie es meine Kollegin Pau beschrieben hat, in Warteschleifen untergebracht sind, oder beziehen Sie Ihre Aussagen allein auf die Jahrgangszahlen?

Wolf-Michael Catenhusen, Staatssekretär im Bundesministerium für Bildung und Forschung:

Ich beziehe mich zunächst allein auf die Zahlen der Ausbildungsjahrgänge. Es stellt sich allerdings die Frage, auf welche praktischen Erfahrungen der letzten Jahre wir uns dabei stützen können. Zurzeit kann man, gerade aufgrund des großen Anteils staatlich finanzierter Ausbildungsprogramme in den neuen Bundesländern, davon ausgehen, dass die Anzahl derjenigen, die in Warteschleifen eintreten, dort möglicherweise geringer ist als in den alten Bundesländern. Denn diese Art von staatlich finanzierten – vor allem außer- und überbetrieblichen – Ausbildungsplätzen steht in den alten Bundesländern so nicht zur Verfügung.

Das heißt, dass der Druck, auszuweichen, dank der guten Wirkung dieser Programme in den alten Bundesländern – ich sage das unter Vorbehalt – möglicherweise noch größer als in den neuen Bundesländern ist. Denn der Bund wusste, was er tut, als er diese Garantie gegeben hat. Es ist nicht unsere Intention, uns ersatzlos zurückzuziehen. Aber es ist nüchtern zu prüfen, ob aufgrund von Gesprächen, die zum Beispiel im Rahmen eines Ausbildungspaktes geführt werden könnten, neue Instrumente zur Lösung dieses Problems entstehen.

Vizepräsidentin Dr. h. c. Susanne Kastner:

Eine weitere Zusatzfrage des Kollegen Bergner. – Bitte.

Dr. Christoph Bergner (CDU/CSU):

Herr Staatssekretär, ich habe durchaus Verständnis dafür, dass Sie sich im Moment noch nicht festlegen wollen, was das Volumen eines staatlichen Programmes zur Schaffung außerbetrieblicher Ausbildungsplätze betrifft. Was mich aber alarmiert, ist Ihr Hinweis, dass Sie in dieser Hinsicht durch die Ausbildungsplatzabgabe eine Entlastung für die neuen Bundesländer erwarten.

Ich möchte Sie mit den Zahlen des Bundeslandes, aus dem ich komme, konfrontieren. Dort wurde im Jahre 2003 im Durchschnitt aller Betriebe eine Ausbildungsquote von 7 Prozent erreicht; trotzdem mussten 50 Prozent der Ausbildungssuchenden außerbetrieblich versorgt werden. Das heißt, das Problem liegt nicht in der Ausbildungsbereitschaft, sondern in der Unternehmenslücke. Müssen Sie vor diesem Hintergrund nicht zugestehen, dass staatliche Ausbildungsprogramme – bei aller sonstigen Kritik, die ich an der Ausbildungsplatzabgabe habe – in den neuen Bundesländern unverzichtbar bleiben?

Wolf-Michael Catenhusen, Staatssekretär im Bundesministerium für Bildung und Forschung:

Auf jeden Fall bleiben Programme unverzichtbar, die nicht unmittelbar von den einzelnen ausbildenden Unternehmen getragen werden. Die Frage, ob es auch in der Zukunft rein vom Staat finanzierte Programme gibt oder ob der Mechanismus dieses Ausbildungsplatzsicherungsgesetzes bewirkt, dass dieser Solidarausgleich zur Schließung der Ausbildungsplatzlücke führt – auch in den neuen Bundesländern –, kann ich Ihnen nicht beantworten.

Ich muss einmal deutlich sagen: Wenn am 30. September dieses Jahres eine Ausbildungsplatzlücke konstatiert und daraufhin eine Ausbildungsplatzumlage eingeführt werden sollte, dann haben wir eine gesamtdeutsche Ausbildungsplatzlücke, aber keine „Ostlücke“ bzw. „Westlücke“. Das heißt, die spannende Frage wird sein, ob wir dieses Thema auch finanziell differenziert bewältigen können, nämlich insofern, als eine Lücke in Westdeutschland ausschließlich wirtschaftsfinanziert geschlossen werden kann, während wir in den neuen Bundesländern nach wie vor auf eine rein staatlich finanzierte Schließung der Lücke setzen. Das ist eine Frage, die ich Ihnen nicht beantworten kann, über die wir aber auf jeden Fall nachdenken müssen, sobald wir Klarheit darüber haben, wie der Gesetzentwurf insgesamt aussieht und ob unter Umständen ein Ausbildungspakt zustande kommt. Sie wissen ja, dass zwischen den Koalitionsfraktionen auch über einen Ausbildungsfonds für die neuen Bundesländer geredet wird, der nicht ausschließlich vom Staat finanziert werden soll. Lassen Sie uns doch erst einmal abwarten, was an Substanz dahinter ist – das ist eine Frage von vielleicht zwei Monaten – in dem Sinne, dass sich die praktischen Konsequenzen präzise einschätzen lassen.